

Inhalt

»Schabowskis Zettel«

Vorwort 9

Das Jahr 1989 17

Erich Honecker: »Die Mauer wird ... in 50 und auch
in 100 Jahren noch bestehen« 17

Erosionserscheinungen 18

Egon Krenz: »Wir sollten jetzt nach vorne sehen« 22

KSZE Wien: »Das Recht eines jeden auf Ausreise aus
jedem Land, darunter aus seinem eigenen, und auf Rückkehr
in sein Land« 24

Erich Honecker: »Man sollte ihnen keine Träne nachweinen« 37

Die Herbstrevolution 41

Ausreisedruck, Demonstrationen und der Sturz Honeckers 41

Der Versuch eines Reisegesetzes:

»In 30 Tagen um die Welt – ohne Geld« 54

Tauschideen: Mauer gegen West-Kredite 62

4. 11. 1989: Angst vor Mauerdurchbrüchen 73

6. 11. 1989: Empörung über den Reisegesetzentwurf 79

7. 11. 1989: Suche nach einer Ausreiseregung 83

8. 11. 1989: Das Ultimatum der ČSSR 85

9. November 1989: Der Fall der Mauer 89

- 9.00 Uhr: MfS und MdI planen Reiseregulung 91
12.00 Uhr: Politbüro beschließt neue Verordnung 96
12.30 Uhr: Ministerratsbeschluss im Umlaufverfahren 97
15.00 Uhr: Feinarbeiten an den Durchführungs-
bestimmungen 100
15.30 Uhr: Zentralkomitee erörtert neue Reiseregulungen 101
17.30 Uhr: Vorbereitung der Pressekonferenz 107
17.45 Uhr: Einspruch des Justizministeriums 109
18.00 Uhr: Schabowskis Auftritt 115
19.00–20.15 Uhr: Fiktionen der Medien 125
20.30–24.00 Uhr: Der Mauerdurchbruch 136
Bornholmer Straße: »Wir fluten jetzt!« 136
Sonnenallee: »Alles aufmachen!« 148
Invalidenstraße: »Zieht euch zurück, lasst sie laufen!« 152
Checkpoint Charlie: »Lasst uns rein!« – »Lasst uns raus!« 157
Brandenburger Tor: Tanz auf der Mauer 167
Exkurs: Konfusion in der militärischen Führung 180

10. November 1989: Reaktionen 197

- Handlungsunfähigkeit des Zentralkomitees 197
SED-Führung: Politische Maßnahmen und militärische Optionen 205
Gorbatschow: »Politik der Situation anpassen!« 225
Bush: »Entwicklung nicht vorhergesehen« 239
Kohl: »Das ist ja unfaßbar!« 240

11. November 1989:

Zuspitzung und Entspannung am Brandenburger Tor 249

12. November 1989: Neutralität der Alliierten 263

13. November 1989–3. Oktober 1990:

Der Abbau der Mauer 267

Die Medien und der Fall der Mauer

Epilog 277

Anhang

Anmerkungen 293

Literaturverzeichnis 342

Archivverzeichnis 354

Verzeichnis der Gesprächspartner 355

Bildnachweis 360

Abkürzungsverzeichnis 361

Personenregister 364

Zum Autor 368

»Schabowskis Zettel«

Vorwort

Ost-Berlin, 9. November 1989, 18.53 Uhr: Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, teilt am Ende einer internationalen Pressekonferenz, die vom DDR-Fernsehen live übertragen wird, mit, die SED-Spitze habe sich entschlossen, eine Regelung zu treffen, die »die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik«. Dann liest er die neue Reiseregulation, die der Ministerrat beschlossen habe, von einem Zettel ab. DDR-Bürger sollen ständige Ausreisen und Privatreisen ohne Vorliegen der bis dahin geforderten Voraussetzungen beantragen können, die Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. »Wann tritt das in Kraft?« fragen Journalisten. Schabowski wirft einen Blick auf seine Papiere, dann antwortet er: »Sofort, unverzüglich!« Wenige Stunden später erzwingen die herandrängenden Ost-Berliner den ersten Durchbruch, sechs Stunden später stehen alle Grenzübergänge zwischen beiden Stadthälften offen, und Tausende von Berlinern tanzen auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor.

»Wahnsinn!« war in dieser Nacht, in der sich Ost- und West-Berliner in den Armen lagen, das meistgebrauchte Wort. Katzenjammerstimmung herrschte dagegen am nächsten Morgen im SED-Politbüro.¹ »Uns allen war bewußt«, erinnert sich Hans Modrow an die politische Gemütslage, »daß etwas passiert war, was eigentlich nicht im Sinne der Sache war.«² Es wurde gerätselt, wie das Missgeschick hatte passieren können. »Wer hat uns das bloß eingebrockt?« fragte Egon Krenz ratlos auf der Suche nach einem Verantwortlichen³, bevor er sich – wie auch Günter Schabowski – nur kurze Zeit später die Entscheidung zur »Öffnung der Grenze« selbst zuschrieb.⁴

Wer aber hatte der SED-Führung den Fall der Mauer wirklich »eingebrocht«? Insbesondere um Schabowskis Pressekonferenz ranken sich bis heute Legenden. So wurde vielfach spekuliert, der »Zettel« sei ihm erst während der Pressekonferenz zugeschoben worden, wobei der Phantasie über die Identität des geheimen Zuträgers keine Grenzen gesetzt sind. Entgegen anderslautender Gerüchte handelte es sich bei dem »Zettel« jedoch tatsächlich um ein Dokument des Ministerrates, das Schabowski vor der Pressekonferenz von Krenz ausgehändigt worden war. Es enthielt Bestimmungen für eine Reiseregulation, die am Morgen des 10. November als Beschluss des Ministerrates verkündet werden sollten.

Doch wer hatte die Freigabe von ständigen Ausreisen und Privatreisen, die Schabowski bekannt gab, entschieden? Wirklich der Ministerrat der DDR, wie es in der als ADN-Mitteilung vorbereiteten Presseinformation hieß, und auf »Empfehlung« des Politbüros, wie Schabowski verlautbarte? Hatten Krenz und Schabowski, die Mitglieder des Politbüros und des Ministerrates überhaupt begriffen, dass dieser Beschluss nicht nur »die Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die ČSSR« veränderte, wie seine Überschrift nahelegte und wie es Krenz nachmittags dem Zentralkomitee und Schabowski abends der Presse suggerierten, sondern an erster Stelle »Privatreisen nach dem Ausland ... ohne Vorliegen von Voraussetzungen« ab sofort ermöglichte?

Sollte ursprünglich gar nur das Problem der »ständigen Ausreise« gelöst werden, und waren Krenz und Schabowski, ja, das ganze Politbüro, der Ministerrat und das Zentralkomitee auf einen »Etikettenschwindel« hereingefallen und von vier leitenden Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Ministeriums des Innern (MdI) als den Autoren des Beschlusses übertölpelt oder überlistet worden? Bescherte den Deutschen ein »historischer Irrtum« den Fall der Mauer und in dessen Konsequenz die deutsche Einheit?⁵

Und wenn schon das Ministerium für Staatssicherheit beteiligt war: Könnte der Fall der Mauer nicht Bestandteil oder gar krönender Abschluss jenes »Opus magnum« des MfS gewesen sein, als das Henryk Broder den Umbruch in der DDR interpretiert sehen mochte?⁶

Handelte die SED-Spitze auf Anweisung Gorbatschows, oder in welcher Form sonst war die sowjetische Führung beteiligt? War sie am Ende überhaupt nicht über die Absichten der DDR informiert?

Bestand in der Spitze der SED die Absicht, das »Missgeschick« mit einer militärischen Aktion wieder rückgängig zu machen?

War der Fall der Mauer gar, wie der Wittenberger Pfarrer und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer mutmaßte, die letzte Rache der SED, um die Bürgerbewegung um ihre Revolution zu betrügen?⁷

Oder war die Art der Grenzöffnung das Werk von »Polit-Dilettanten«, wie der ehemalige Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer wetterte, weil er ihretwegen »endgültig alle Hoffnung auf eine tatsächliche Erneuerung des Sozialismus und der DDR« begraben musste: »Das einzige Pfund, mit dem man hätte wuchern können, wurde weggeworfen – von einem Berliner Wichtigtuer: Günter Schabowski.«⁸ Die Mauer – die letzte kreditwürdige Immobilie der DDR?⁹

Setzte Günter Schabowski quasi als Strategie des Untergangs mit seinen Worten »sofort, unverzüglich« die Dynamik des 9. November 1989 gar absichtlich in Gang? »Wollte er«, wie der Autor Uwe Soukup fragend nahelegt, »wenn das Schiff schon nicht mehr zu retten war, es dann lieber selbst versenken?«¹⁰

Die vorliegende Chronik versucht, das dramatische Handlungsgeschehen des 9. und 10. November 1989 zu rekonstruieren – genauer gesagt, der neun Tage zwischen dem 4. und 12. November 1989. Es werden die Entscheidungsprozesse in der SED-Führung analysiert und im Detail nachgezeichnet. Es wird gezeigt, was ursprünglich beabsichtigt war, welche Veränderungen zum Fall der Mauer führten und warum dieser Schritt unumkehrbar war.

Das Buch basiert auf einer umfassenden wissenschaftlichen Studie des Autors, die im Sommer 1996 von der Freien Universität Berlin als Dissertationsschrift angenommen und im Westdeutschen Verlag veröffentlicht wurde.¹¹ Schriftliche Quellengrundlage sind vor allem die Aktenbestände der DDR-Archive. Ausgewertet wurden insbesondere die Akten des Politbüros, verschiedener Politbüro-Mitglieder (insbesondere die von Egon Krenz, Hermann Axen und Günter Mittag), des Zentralkomitees, mehrerer

~~Beschluvorschlag~~

Zur Veränderung der Situation der stndigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die CSSR wird festgelegt:

1. Die Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland (GBI. I Nr. 25 S. 271) findet bis zur Inkraftsetzung des neuen Reisegesetzes keine Anwendung mehr.
2. Ab sofort treten folgende ~~zeitweilige bergangs~~Regelungen für Reisen und stndige Ausreisen aus der DDR in das Ausland in Kraft:
 - a) Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlsse und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.
 - b) Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPK in der DDR sind angewiesen, Visa zur stndigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine stndige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf stndige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.
 - c) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.
 - d) Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die stndige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.

ber die ~~zeitweiligen bergangs~~Regelungen ist die beigelegte Pressemitteilung am 10. November 1989 zu veröffentlichen.

Verantwortlich: Regierungssprecher beim Ministerrat der DDR

»Schabowskis Zettel«: Die Ministerratsvorlage zur Reiseregelung, die Krenz während der ZK-Sitzung an Schabowski zur Veröffentlichung übergab.

wo kommt mit
KASR? für P30?

Für PK
(Endlauf ab 1970)

1.) Hinweis auf seine Praxis (Korrespondenz)
Symptomatisch!

2.) Teilnahme - Befragung M - münd. f.
Kleinen.

3.) Jelt est möglich sein in Zukunft
weitere Konzept d. Erhebung (Stat.)
Konzept, entb. auf eigene, vgl. weil

~~4.) Kontrolle WK (Mittelschicht) (besitz f. Fragen
d. Staat.~~

5) Chronologie??

- allt est Report Gora
"EXTRA-2 1"

- personal Entbief "EXTRA 2"

- mit Diskussion "EXTRA 3"

Frage - Antwort

(ZURÜCK!)

Endlauf

~~ZIT!~~ Kurz vor Schluß - Ende d. Debatte!
Nennung Mi Ra, Danling, Klein
PB-Pagner, Entbief Mi Ra!!

→ Leseren Text Reisezeitung
"EXTRA"

«Mord Tegen, Spreit P30 f. 2. k. m. s. g. n.
Ami, Abw. d. 1. 2. Nachschol
Blumen mit ABR»

Schabowskis »Fahrplan« für die Pressekonferenz:

Die Bekanntgabe der neuen Reisezeitung sollte ganz am Schluss erfolgen

(»ZEIT! Kurz vor Schluß - Ende der Debatte!«)

ZK-Abteilungen sowie des Ministerrates, des Ministeriums für Staatssicherheit, Ministeriums für Nationale Verteidigung, Ministeriums des Innern und der Staatlichen Plankommission, des Präsidiums der Volkspolizei Berlin, einiger Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei sowie Akten des Senats und des Polizeipräsidenten von Berlin. Hinzu kommen Materialien aus Privatbesitz, die dem Verfasser im Zuge seiner Recherchen in Kopie überlassen wurden. Für ihre fachliche Unterstützung und freundliche Hilfe danke ich allen Archivaren, insbesondere in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv sowie beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Ergänzend zur Auswertung der schriftlichen Quellen wurden zahlreiche Gespräche mit Zeitzeugen geführt: mit Mitgliedern des Politbüros und Zentralkomitees der SED, mit leitenden Mitarbeitern des ZK-Apparates und der wichtigsten Ministerien; mit Generälen, Offizieren und Soldaten der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen sowie der Passkontrolle des MfS; mit Mitarbeitern des ZK der KPdSU und sowjetischen Diplomaten sowie westdeutschen und West-Berliner Politikern und Amtsträgern.

Der Kreis der Gesprächspartner konnte nach der Erstauflage des Bandes schon 1996 zunächst durch die Recherchen für den 3SAT/ZDF-Dokumentarfilm »Beton und Devisen« (gemeinsam mit Lew Hohmann), 1996/97 durch die gemeinsame Arbeit mit Gerd-Rüdiger Stephan an der Edition der Wortprotokolle der letzten Tagungen des SED-Zentralkomitees¹² und dann vor allem noch einmal in den Jahren 1998/99 in Zusammenhang mit den Recherchen für den ARD-/Cineimpuls-Dokumentarfilm »Als die Mauer fiel. 50 Stunden, die die Welt veränderten« (gemeinsam mit Gunther Scholz) erheblich erweitert werden.¹³ Zahlreiche Gespräche mit Grenzsoldaten, Passkontrolleuren und (Volks-)Polizisten, aber auch mit Spitzenpolitikern wie Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse, George Bush und James Baker, Hubert Védrine als engem Berater von François Mitterrand und Sir Charles Powell als persönlichem Berater von Margaret Thatcher, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher und vielen anderen haben das Bild vom 9. November 1989, den Abläufen und Hintergründen auf den verschiedensten Bühnen, weiter vervollständigt. Viele Erkenntnisse daraus haben nun

auch Eingang in die hier vorgelegte überarbeitete und inhaltlich erweiterte Chronik gefunden. Mein Dank gilt allen, mit denen ich in diesen Projekten zusammenarbeiten durfte.

Vor allem allen Zeitzeugen möchte ich dafür meinen Dank aussprechen, dass sie mir ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben und mit ihren Erinnerungen, gelegentlich auch ihren persönlichen Aufzeichnungen, zur Rekonstruktion der Ereignisse und zum Verständnis der Abläufe beigetragen haben.

Mein besonderer Dank galt und gilt weiterhin allen Kolleginnen und Kollegen sowie allen Freundinnen und Freunden zuletzt am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und zuvor an der Freien Universität Berlin, die meine Arbeit mit kritischen Anregungen begleitet haben, vor allem Jürgen Kädtler, Andrea Fuchs und Erika Laurent, Peter Steinbach und Theo Pirker (†), M. Rainer Lepsius (†), sowie Christoph Links als Lektor und Verleger.



Die Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor; im Hintergrund links das Reichstagsgebäude, Frühjahr 1989.

Das Jahr 1989

Erich Honecker: »Die Mauer wird ... in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen«

»Die Mauer wird ... so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben.« Sie werde »in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben«, zeigte sich SED-Generalsekretär Erich Honecker am 18. Januar 1989 in Ost-Berlin überaus optimistisch.¹ Selbst der frühere Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, der als einer der wenigen den Untergang des sowjetischen Imperiums vorhersagte, war sich 1989 noch sicher, dass sich im Sowjetblock allein die DDR und Bulgarien nicht in einer Krisensituation befänden.² Die DDR, so seine Prognose, werde für geraume Zeit ein »kommunistisches Preußen« bleiben, besonders wenn »Westdeutschland weiterhin die ostdeutsche Wirtschaft so großzügig« unterstütze.³ Weder Erich Honecker noch Zbigniew Brzezinski vermochten sich offenbar vorzustellen, wie radikal sich in kürzester Zeit die außenpolitischen Existenzbedingungen und als deren Folge die innenpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR verändern würden – genauso wenig wie KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, US-Präsident George Bush und Bundeskanzler Helmut Kohl, geschweige denn die britische Premierministerin Margaret Thatcher oder der französische Staatspräsident François Mitterrand. Nahezu allen in- und ausländischen Beobachtern in Politik und auch in der Wissenschaft galt die DDR noch wenige Monate vor ihrem Untergang als eine Insel der Stabilität.⁴

Dreißig Jahre nach dem Ende der DDR und der Vereinigung beider deutscher Staaten gehören die Jahre 1989/90 zu den besterforschten Abschnitten der deutschen Zeitgeschichte.⁵ Dies ist vor allem der Öffnung der ostdeut-

schen Archive zu verdanken: Die Akten der SED und des DDR-Ministerrates einschließlich der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, der ostdeutschen Geheimpolizei, sind seit Beginn der 1990er Jahre ebenso frei zugänglich wie eine Vielzahl von Materialien der ostdeutschen Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung.⁶ Auf westdeutscher Seite unterliegen die Regierungsakten zwar einer 30-jährigen Sperrfrist, doch wurden sehr früh Dokumente von zentraler Bedeutung in einer Sonderedition »Deutsche Einheit« veröffentlicht.⁷ Zudem erschien im Jahr 1998 eine vierbändige »Geschichte der deutschen Einheit«, deren Autoren ein privilegierter Aktenzugang gewährt worden war.⁸ Russische, amerikanische, britische und französische Akten trugen zur Erhellung der Ereignisse ebenso bei wie auf amerikanischer Seite die frühe Studie von Condoleezza Rice und Philipp Zelikow, die gleichermaßen auf Regierungsakten wie auf unmittelbarer Zeitzeugenschaft beruht.⁹

Ergänzt werden die offiziellen Aktenüberlieferungen durch die Erinnerungs- und Memoirenliteratur vieler beteiligter Spitzenpolitiker und Diplomaten sowie eine Fülle von Interviews mit ihnen – von Journalisten, Dokumentarfilmern und Historikern.¹⁰ Und schließlich stellt die zeitgenössische Medienberichterstattung von Presse, Funk und Fernsehen für die Zeitgeschichtsschreibung eine bedeutende Quelle dar.¹¹

Erosionserscheinungen

Die Öffnung und Auswertung vor allem der ostdeutschen Archive führte sehr schnell zu dem allgemeinen Befund, dass sich die inneren strukturellen Krisenerscheinungen, die die Existenzgrundlagen der DDR bereits in den 1980er Jahren zunehmend untergraben hatten und die Handlungsmöglichkeiten der SED-Führung in der Finalitätskrise des Herbstes 1989 wesentlich beeinflussten, nur graduell von denen in ihren »Bruderländern«, den Staaten des sowjetischen Machtblocks, unterschieden. Die wirtschaftliche Lage in all diesen Ländern war desaströs. Ihr technologischer Rückstand war erheblich, die Arbeitsproduktivität nicht einmal halb so hoch wie im

Westen, viele Produktionsanlagen waren verschlissen, die Arbeits-, Gesundheits- und Umweltbedingungen in vielen Bereichen katastrophal, die Infrastruktur war verrottet, der bauliche Verfall der Städte fortgeschritten. Die Verschuldung im Westen hatte – besonders in Polen, Ungarn und der DDR – eine dramatische Höhe erreicht. Die Ausgaben für den militärisch-(geheim) polizeilichen Apparat verschlangen einen enormen Teil des Staatshaushaltes aller kommunistischen Staaten – allein in der Sowjetunion sollen es 40 Prozent gewesen sein.¹²

Die Erosion der Ideologie war unübersehbar: Das Versprechen einer kommunistischen Gesellschaft, die, wie es noch der XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 unter Parteichef Nikita Chruschtschow angekündigt hatte, bis zum Jahr 1981 einen Überfluss an materiellen und kulturellen Gütern und den höchsten Lebensstandard auf der Welt erreichen sollte¹³, war stillschweigend zurückgezogen worden. Im April 1971 hatte der XXIV. KPdSU-Parteitag unter Chruschtschow-Nachfolger Leonid Breschnew – und in seiner Folge die Parteitage aller »Bruderparteien« – als neue »Hauptaufgabe« die »Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes« beschlossen.¹⁴ In der DDR entstand für dieses Wohlfahrtspostulat die Formel von der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Die menscheitsbeglückende Utopie der kommunistischen Gesellschaft schrumpfte damit auf einen profanen Konsumsozialismus als Tagesaufgabe zusammen. Sozialismus als Zielvorstellung und die Erfüllung des Wohlfahrtsversprechens waren damit quasi eins geworden – mit der zwingenden Folge, dass das Nichteinhalten des Konsumversprechens den kommunistischen Führungen als Scheitern des Sozialismus insgesamt vorgehalten werden konnte.

Die angeblich »führende Kraft« der kommunistischen Parteien war erschöpft, der Glaube an die historisch-gesetzmäßige Sieghaftigkeit des Sozialismus über den Kapitalismus erschüttert, die Parteiführungen von jahrelangem Krisenmanagement zermürbt, viele Parteikader verschlissen, die Parteibasis, einschließlich der »bewaffneten Organe«, in weiten Teilen demoralisiert und desorientiert.

Doch bei allen gemeinsamen strukturellen Krisenerscheinungen unterscheidet sich der Fall der DDR von ihren »Bruderländern« auch erheblich.

Der kommunistische deutsche Teilstaat war zum einen ein Zwangs- und Kunstprodukt der weltpolitischen Interessen und imperialen Machtansprüche der Sowjetunion. Als »Satrapie des sowjetischen Hegemonialreiches«¹⁵ hing die Existenz des ostdeutschen Staates von der Staatsgründung 1949 bis zum Jahr 1990 unmittelbar von der militärischen, ökonomischen und politischen Unterstützung der Sowjetunion ab und war damit zugleich in besonderer Weise unmittelbar deren Interessen unterworfen. Zum anderen stand die DDR in unmittelbarer Konkurrenz zur Bundesrepublik, dem anderen deutschen Teilstaat. Alle Versuche, eine »sozialistische deutsche Nation« oder auch nur eine »nationale DDR-Identität« zu begründen, waren kläglich gescheitert. Über 40 Jahre war die SED-Führung mit am westdeutschen Modell von Demokratie und Wohlstand ausgerichteten Erwartungen großer Teile der Bevölkerung und ihren gesamtdeutschen Orientierungen konfrontiert.

Zwar hatten sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Zuge der Entspannungspolitik und nach dem Abschluss des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages 1972 im Zuge einer »Politik der kleinen Schritte« nahezu »normalisiert«. Für die Gewährung sogenannter humanitärer Erleichterungen (Verbesserung der Reisemöglichkeiten, Öffnung neuer Grenzübergänge, Verkauf von politischen Häftlingen¹⁶, Erleichterungen im Post-, Paket- und Telefonverkehr u. a.) erhielt die DDR von der Bundesregierung finanzielle Alimentationen, um die sie ihre »Bruderstaaten« beneideten: Von 600 Mio. DM jährlich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stiegen sie auf rd. 1,5 Mrd. DM in den 1980er Jahren an.¹⁷

Und je notleidender die DDR wurde – 1981/82 stand sie erstmals unmittelbar vor dem ökonomischen Bankrott¹⁸ –, desto abhängiger wurde sie von der wirtschaftlichen Hilfe der Bundesrepublik – und desto größer wurden die politischen Zugeständnisse (Abbau der Minen und Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze 1983/84, Gewährung von mehr Ausreisen aus der DDR ab 1984, Genehmigung von mehr West-Reisen für DDR-Bürger ab 1986).

Alle Bundesregierungen weigerten sich jedoch bis zum Schluss, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Die »Bewohner der DDR«, wie

sie in der offiziellen Sprachregelung des Westens genannt wurden, waren dem Grundgesetz der Bundesrepublik entsprechend zugleich – potenzielle – Bundesbürger mit allen Rechten auf staatliche Fürsorge; es musste ihnen nur gelingen, westdeutschen Boden zu erreichen.

Gegen die Westorientierung weiter Teile der Bevölkerung und die Flucht von etwa 3,5 der insgesamt 18 Millionen Einwohner nach Westdeutschland zwischen 1946 und Mitte 1961 hatte sich die ostdeutsche Führung nicht anders zu helfen gewusst als durch die Abriegelung der innerdeutschen Grenze (Mai 1952) und deren Verminung sowie durch den Bau der Berliner Mauer und deren militärische Sicherung (im August 1961). Zur Verhinderung von Fluchtversuchen nahm sie selbst die Tötung von Flüchtlingen billigend in Kauf. Viele Hundert Flüchtlinge verloren an der innerdeutschen Grenze, in der Ostsee oder bei der Flucht über Drittländer ihr Leben. Allein an der Berliner Mauer wurden zwischen 1961 und 1989 mindestens 140 Menschen erschossen, verunglückten oder nahmen sich angesichts ihres gescheiterten Fluchtversuchs das Leben.¹⁹

Mehrere Zehntausend Fluchtwillige wurden zwischen 1961 und 1989 bereits bei der Planung oder auf dem Weg zur Grenze festgenommen. Statistiken der DDR-Generalanwaltschaft weisen von 1961 bis 1988 rund 110 000 Verfahren wegen »Republikflucht« bzw. »ungesetzlichem Grenzübertritt« aus.²⁰ Einer Studie über politische Gefangene zufolge, die auf Stichproben aus DDR-Kriminalitätsstatistiken beruht, wurden zwischen 1960 und 1988 DDR-weit in mehr als 71 000 Fällen Freiheitsstrafen wegen »Republikflucht« verhängt.²¹ Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren wurden zudem DDR-Bürger, die einen Ausreiseantrag stellten, in der Regel ausgegrenzt, diskriminiert und kriminalisiert. Zehntausende von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt – nur weil sie das Recht auf Freizügigkeit für sich beanspruchten.

Fortwährend wurde das Grenzregime modernisiert und perfektioniert; zu keinem Zeitpunkt verschwendete die SED-Führung in den 28 Jahren nach dem Mauerbau auch nur einen Gedanken an den Abbau der Sperranlagen und die Gestaltung eines politischen Systems, das die Mauer überflüssig gemacht hätte. Dennoch gelang insgesamt etwa 40 000 DDR-Bürgern zwi-

schen Mauerbau und Mauerfall auf zum Teil abenteuerlichen Wegen und unter Inkaufnahme lebensbedrohender Risiken die Flucht durch die Sperranlagen, mehr als 5000 davon in Berlin. In Anlehnung an einen Ausspruch des Grafen Mirabeau, Preußen sei kein Staat mit einer Armee, sondern eine Armee mit einem Staat, hat Stefan Wolle über die DDR gesagt: »Dies war kein Staat mit einer Grenze, sondern eine Grenze mit einem Staat.«²² Die Ausgrenzung, Inhaftierung, Verletzung oder Tötung von Menschen, die ihr Land verlassen wollten, waren Teil eines Systems, das ohne Mauer nicht existieren konnte.

Egon Krenz: »Wir sollten jetzt nach vorne sehen«

Die schwelenden inneren Krisenfaktoren mussten in den mittelosteuropäischen Staaten so wenig wie in der DDR zwangsläufig in die Umbrüche und Revolutionen des Jahres 1989 führen. Für die DDR kamen die entscheidenden Anstöße vielmehr von außen: von den Veränderungen in der Sowjetunion, deren militärischen, politischen und ökonomischen Auswirkungen und den dann einsetzenden Reformprozessen in Polen und Ungarn.

Hervorzuheben ist, dass nicht »Glasnost« und »Perestroika«, sondern »Uskorenije« – sozialökonomische Beschleunigung – am Anfang von Michail Gorbatschows »Neuem Denken« stand, mithin die wirtschaftliche Misere zu Reformen in der Sowjetunion zwang. Zu den strukturellen Problemen der sowjetischen Planwirtschaft – niedrige Arbeitsproduktivität, mangelnde Innovationsfähigkeit, rückläufige Investitionsquoten, schleichender Substanzverlust und überdimensionierte Militärausgaben – traten in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre neue Probleme wie die Erschöpfung von Rohstofflagern im Westen der UdSSR und enorm steigende Erschließungskosten in Sibirien sowie mehrere Missernten in Folge hinzu. Die sowjetische Führung unter Gorbatschow stand somit einer ernststen Wirtschafts- und Versorgungskrise gegenüber. Zu deren Behebung sollten auch die »Bruderländer« beitragen: Schon 1987 kündigte die Sowjetunion an, die Außenhandelspreise im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ab 1991 an die